"Rund um See und Rhein"

Zweijahresbericht der IBK 1997–1998

INHALTE

Positionierung in Europa

REGIO BODENSEE als Modellregion für die grenzübergreifende Zusammenarbeit an einer EU-Aussengrenze

Standortbestimmung REGIO BODENSEE

Leitbild für die Entwicklung der Bodenseeregion

IBK – Effiziente Kooperation – Ziele – Organisation

Internationale Bodenseekonferenz (IBK) im Dienste der Bürger und der Region

Wirtschaft

Wirtschaftliche Zusammenarbeit im Bodenseeraum angesichts neuer globaler Herausforderungen

Verkehr

Anbindung der Bodenseeregion an die internationalen Bahn-Hochleistungsnetze – Ausbau der regionalen Verkehrsangebote

Umwelt

Bodensee-Agenda 21: Regionale Umsetzung globaler nachhaltiger Entwicklungsziele

Weitere Projekte

Kultur

Kulturelles Erleben der Bodenseeregion

Bildung, Wissenschaft, Forschung

Vernetzung von Bildung und Wissenschaft

REGIO-Büro-BODENSEE

REGIO BODENSEE – Kooperationsraum für Bildung, Kultur, Gesundheit, Umwelt, Wirtschaft und Öffentlichkeitsarbeit

Regierungschefkonferenz – Beschlüsse 1997

18. Sitzung am 20. November 1997 in St. Gallen

Regierungschefkonferenz – Beschlüsse 1998

19. Sitzung am 19. November 1998 in Wil

Der neue Mann am Ruder / Nächster Präsident der IBK

Landeshauptmann des Landes Vorarlberg Dr. Herbert Sausgruber

Die Bodenseeregion nimmt Gestalt an

Vor Ihnen liegt, liebe Leserin, lieber Leser, der erste Zweijahresbericht der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK). Bei jedem Vorsitzwechsel soll damit künftig Bilanz gezogen werden; insbesondere aber soll der interessierten Öffentlichkeit in regelmässigen Abständen über Ziele und Arbeitsschwerpunkte, über Erfolge und Schwierigkeiten der IBK berichtet werden. So soll Transparenz geschaffen werden über die gemeinsame Tätigkeit der Regierungschefs rund um See und Rhein.

In den Gremien der IBK wird sehr viel wertvolle Arbeit geleistet. Damit wird die täglich gelebte "kleine Aussenpolitik" der am Bodensee zusammenarbeitenden Gliedstaaten sichtbar. An dieser Stelle möchte ich einige besondere Schwerpunkte der Jahre 1997 und 1998 hervorheben.

Einsatz für die Zusammenarbeit im Bildungsbereich. Das Bodenseeleitbild von 1994 enthält die anzustrebende Vision: "Die Bodenseeregion soll zu einem Bildungsraum entwickelt werden, in dem eine vergleichbare und gleichwertige Aus- und Weiterbildung mit gegenseitigen Einstiegsmöglichkeiten angeboten wird." Die eingeleitete Zusammenarbeit geht von der Vision eines grenzüberschreitenden Hochschulverbundes "Bodenseeschule" aus. Im Mittelpunkt steht dabei die Kooperation bereits vorhandener wissenschaftlicher Einrichtungen zur Aufwertung von Schwerpunkte und zur Nutzung von Synergien.

Die IBK ist nun konkret daran den Weg zu ebnen, um ein gemeinsames grenzüberschreitendes Studienangebot auf Fachhochschulstufe einzuführen, längerfristig auch im Hinblick auf eine Erweiterung zu einer virtuellen Fachhochschule Bodensee. Die Fachhochschule Konstanz, St. Gallen und Vorarlberg (Dornbirn) sind willens, bereits im Wintersemester 1999/2000 gemeinsame Bachelor-Studiengänge Mechatronic und Bauwissenschaften anzubieten – Masterstudiengänge werden folgen.

Gemeinsam mit der Eidgenössischen Technischen Hochschule und der Universität Zürich wollen die Universitäten Konstanz und St. Gallen ein interdisziplinäres Studium mit Schwerpunkt Informationsverarbeitung einrichten. Auch hierfür ist im Wintersemester 1999/2000 der Studienbeginn vorgesehen. Die Universitäten Konstanz und Zürich haben dazu bereits einen Kooperationsvertrag erarbeitet, der den Studierenden den wechselseitigen Besuch von Lehrveranstaltungen ohne Einschreibegebühr erlauben soll.

Eine internationale Zusammenarbeit wird auch bei der Aus- und Fortbildung im Wirtschaftsbereich angestrebt. Die anvisierten Harmonisierungsbestrebungen betreffen bspw. die länderübergreifende

Anerkennung von Berufen und der Berufsmaturität sowie die Ermöglichung des Austausches von Lehrlingen und Ausbildnern bzw. Berufsschullehrkräften.

Diese neuen Akzente, die die IBK im Verein mit den Bildungsinstituten setzt, ergänzen in sinnvoller Weise die traditionell vielfältigen und auf besonders breites Echo stossenden Aktivitäten im Bereich Kultur.

Konsequente Verkehrspolitik zeitigt Früchte. Seit Jahren verfolgt die IBK eine konsequente Verkehrspolitik im Interesse der Bodenseeregion. Das Bodenseeleitbild widmet dem Verkehr eine Vielzahl von Leitsätzen. Dank der Beharrlichkeit in der fundierten Argumentation der ostschweizerischen Kantonsregierungen und dank der energischen Unterstützung durch die Regierungen unserer Nachbarländer ist es gelungen, die für den Bodenseeraum so wichtigen Zulaufstrecken zum Gotthard-Basistunnel in der Vorlage zur Bahnmodernisierung (Bundesbeschluss über Bau und Finanzierung von Infrastrukturvorhaben des öffentlichen Verkehrs), die dem Schweizer Volk unterbreitet wird, zu verankern.
Der unermüdliche Einsatz hat sich gelohnt, die Umsetzung der Ziele wird weitere starke Kräfte benötigen. Derart grundlegende Entscheide, wie sie bspw. zur leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe in der Schweiz kürzlich gefällt wurden, können nebst ihrer schweizerischen und gewiss auch europäischen Dimension dazu beitragen, die wichtigen und sehr langfristig wirkenden Aufgaben im Interesse unserer Region mit Optimismus weiterzuverfolgen. Insbesondere das Ziel verbesserter regionsinterner Bahnverbindungen wird ebenfalls verstärkt angegangen. Vielversprechende Schritte und Absichten privater Bahngesellschaften gilt es zu vernetzen und besonders im östlichen Bodenseegebiet auszubauen.

Die Verkehrspolitik kann auch der wirtschaftlichen Entwicklung dienlich sein. Angesichts der globalen Herausforderungen besteht für die IBK im Bereich Wirtschaft weiterhin grosser Handlungsbedarf. Neben Gesprächsrunden und Tagungen zu aktuell brennenden Themen wird der Schwerpunkt vorab auf die Bereitstellung von Informationen und den Ausbau des Marketing über das Potential der Region gelegt. Die Kooperation in Telematik und Kommunikation soll ausgebaut werden; dazu kann die etablierte Electronic Mall Bodensee beste Dienste leisten.

Kein Wirtschaften mehr, ohne Blick auf eine nachhaltige Entwicklung – ein weiterer Aspekt, der die intensive Vernetzung vieler Politikbereiche illustriert. Die IBK hat sich schon früh und intensiv Umweltanliegen angenommen. Sie ist sich auch bewusst, dass regionales Handeln benötigt wird, um die Ziele einer globalen nachhaltigen Entwicklung entsprechend der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung von Rio (1992) umzusetzen. Deshalb will die IBK erste Beiträge zu einer Bodensee-Agenda 21 erarbeiten.

Kooperation im Dienste der Menschen in einer reifen Region. Die Arbeit der IBK steht ganz unter der Devise, dem Wohl des Einzelnen und der Gemeinschaft zu dienen. Wir müssen der Bürgerin, dem Bürger zeigen, was unser Einsatz ihm nützt und dass die internationale Zusammenarbeit nicht l`art pour l`art ist. Was bei der intensiven Beratungstätigkeit durch das Regio-Büro sehr offensichtlich als Dienst am Bürger zutage tritt, ist auch für alle anderen Tätigkeiten nachweisbar und darzulegen. Deshalb wird sich die Bodenseekonferenz auch wichtiger Themen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich annehmen.

Die Idee der Regio Bodensee fasst zunehmend Fuss. Das bezeugen zahlreiche Anlässe, so bspw. im Jahr 1998 die internationalen Tischtennis-Bodenseepokalspiele, der internationale Museumstag am Bodensee, der Rugby-Euregio Cup Bodensee, das Unternehmerinnen-Forum Bodensee, der internationale Bodenseekirchentag, die Informationstagung für KulturamtsleiterInnen der Länder und Städte rund um den Bodensee, um spontan einige zu nennen. Der Bodensee als Bezeichnung für die Tourismus-Destination ist längst europaweit bekannt; die Intertech-Messe an den Standorten Friedrichshafen, Dornbirn und St. Gallen ist Tradition und wirbt für den Bodenseeraum. Die Bodensee-Stiftung hat sich mit Umweltorganisationen an Seen in USA, Südafrika, Japan, Spanien und Griechenland zum weltweiten Seen-Netzwerk "Living Lakes" zusammengeschlossen und trägt damit den Namen auch in aussereuropäische Gebiete.

Somit wird die grenzüberschreitende Region nach und nach zur Selbstverständlichkeit und die Bodenseeidentität beginnt ein Begriff zu werden. Die unermüdliche Tätigkeit verschiedenster Gremien, nicht zuletzt der IBK, führte dazu, dass die Regio Bodensee in wenigen Jahren den Reifegrad einer Region erreicht hat.

Erst im Jahre 1990 gab sich die IBK **Statuten und Leitlinien**, die die Palette der Politikfelder stark erweiterten, was 1994 im neuen Leitbild zu einem gemeinsamen Programm zur Entwicklung des Bodenseeraumes verdichtet wurde. Damit erneuerte sich die IBK zu einem Kerngremium einer Europaregion Bodensee. Nach der Aufnahme der beiden Appenzell Ende 1993 wird auch die Sitzung vom November 1998 in die Geschichte der 1972 gegründeten Internationalen Bodenseekonferenz eingehen: Die Abrundung des IBK-Gebietes durch den Beitritt des Fürstentums Liechtenstein und des Kantons Zürich ist sichtbares Zeichen einerseits der verstärkten Notwendigkeit, im Zeitalter der Globalisierung die Kräfte regional zu bündeln, andererseits ist es Ausdruck der erreichten Attraktivität der IBK. Der Leistungsausweis der IBK mit initiierten und erreichten Werken und seine wirksame Stimme gegenüber nationalen und übernationalen Entscheidungsträgern wird offenbar wahrgenommen. Grenznähe wird vermehrt als Pluspunkt beurteilt, deren Chancen es zu nutzen gilt. Der Zuschnitt der Regionen ist heute stark auch vom Verkehrs- und Bildungswesen bestimmt, und hier sind wir um die Mitwirkung von Partnern froh, die diesbezüglich wesentliches beizutragen haben.

Das Fürstentum Liechtenstein wird als Mitglied der IBK herzlich begrüsst, weil es bisher aktiv als Beobachter sein Interesse bekundet und bspw. im Bereich Kultur aktiv mitgewirkt hat. Liechtenstein ist im Rheintal besonders eng mit dem Land Vorarlberg und dem Kanton St. Gallen verbunden und hat mit den übrigen Bodenseeländern und -kantonen vieles gemeinsam, so insbesondere die Sorge um die Gewässerreinhaltung.

Den Kanton Zürich begrüssen wir herzlich in der IBK, und zwar nicht nur seiner See- und Rhein-nahen Gebiete und der dort direkten Nachbarschaft zu Baden-Württemberg, Schaffhausen und Thurgau wegen, sondern auch wegen seiner Standortfaktoren im Verkehrsbereich, die für einen grossen Teil des Bodenseeraumes von grosser Bedeutung sind (Flughafen Zürich-Kloten als bedeutendster Stützpunkt des internationalen Luftverkehrs; Zürich als ein Eckpunkt für wichtige auszubauende Bahnverbindungen), und wegen seiner Kooperationspotentiale im universitären Bereich. Wir erwarten gerne, dass das

wirtschaftsstarke Zürich die Interessen des Bodenseeraumes in diesen und anderen Themen wirksam unterstützen wird, wie bspw. das grosse Land Baden-Württemberg in seinen Äusserungen zur schweizerischen, deutschen und europäischen Verkehrspolitik die Anliegen der Bodenseeregion aus bedeutend grösserer Optik heraus unterstützt hat. Erfahrungen haben wir ja bereits aus der reibungslosen Zusammenarbeit sowohl von Liechtenstein als auch von Zürich im gleichen begleitenden Ausschuss, der die zahlreichen INTERREG-Projekte auf Unterstützungswürdigkeit durch die EU und durch "Bern" beurteilt.

An dieser Stelle danke ich, stellvertretend für die Regierungschefs der IBK, ganz herzlich allen Beteiligten in den Kommissionen und Projekt- und Arbeitsgruppen, aber auch allen übrigen in der Bodenseeregion Wirkenden, die zum guten Gelingen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit beigetragen haben. Es ist unübersehbar, dass dies Kräfte und Mittel bindet. Deshalb bin ich froh, dass sich unser Leistungsausweis sehen lassen kann. Meinem Nachfolger als Vorsitzendem der IBK, Landeshauptmann Dr. Herbert Sausgruber, wünsche ich viel Erfolg und die gleiche Genugtuung, die ich in den letzten zwei Jahren erfuhr.

19. November 1998

Dr. Walter Kägi

Positionierung in Europa

Die Bodenseeregion ist historisch gewachsener Lebens- und Kulturraum, der sich durch die nationalstaatliche Entwicklung im späten 18. und im 19. Jahrhundert auseinander entwickelt hat und durch die Tragödie der beiden Weltkriege zerrissen wurde. Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts hat sich die Entwicklung um 180 Grad gedreht: Je enger Europa politisch, wirtschaftlich und kulturell zusammenrückt, umso mehr gewinnt, als Ausgleich, die Hinwendung zum eigenen, überschaubaren Lebens- und Kulturraum für die Menschen neue Bedeutung. Region erhält für die Menschen einen neuen, identitätsstiftenden Stellenwert. Die REGIO BODENSEE entwickelt sich zu einer Modellregion für die grenzübergreifende Zusammenarbeit an einer EU-Aussengrenze, die bei anderen Regionen mit vergleichbarer Struktur Beachtung findet.

So besuchte Anfang Oktober 1998 eine 14-köpfige schwedisch-norwegische Delegation – Vertreter von Regierungspräsidien und Grenz-Landkreisen – das REGIO-Büro-BODENSEE, den IBK-Vorsitzkanton St. Gallen sowie das Regierungspräsidium Tübingen, um die entwickelten Strukturen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Politik, Technologie, Wirtschaft, Tourismus und Bildung in der Bodenseeregion zu studieren und Anregungen mitzunehmen: Das EU-Land Schweden und das Nicht-EU-Land Norwegen sind seit 1996 bemüht, auf der Basis des INTERREG-II-Programms der EU die grenzüberschreitende Zusammenarbeit durch konkrete Projekte voranzutreiben.

Doppelte Stossrichtung

In der REGIO BODENSEE ist die Internationale Bodenseekonferenz ein entscheidender Motor für das Zusammenwachsen zu einer Region rund um den zweitgrössten Binnensee Europas. Dahinter steht keine diffuse Mystifizierung des Regionalprinzips, vielmehr ein klares politisch-strategisches Konzept mit zwei Stossrichtungen: einer regional- und einer europapolitischen Ausrichtung. Diese Intentionen verfolgte bei der 11. IBK-Jahreskonferenz am 16. November 1990 der damalige IBK-Vorsitzende, Vorarlbergs Landeshauptmann Dr. Martin Purtscher. Er überzeugte die IBK-Regierungskollegen von der Notwendigkeit, dass sich die IBK auf den Weg zum politischen Kerngremium einer politischen Europaregion Bodensee macht, dass die grenzüberschreitende und -überwindende Kooperation schrittweise auf eine breite Palette von Politikfeldern ausgeweitet wird, um die REGIO BODENSEE umfassend voranzubringen. Das in Feldkirch beschlossene Organisationsstatut und die Leitlinien bildeten die Weichenstellung, das Bodenseeleitbild von 1994 schliesslich das gemeinsame Programm zur Entwicklung des Bodenseeraumes zu einer europäischen Region, die in den letzten Jahren einen hohen Reifegrad erreichte.

Zusammenarbeit über Staats- und EU-Grenzen

Die IBK-Veranwortlichen wussten längst vor "Maastricht", dass Europa nur dann Erfolg haben kann, wenn es nicht ein Europa der Zentralisten, sondern ein Europa der Bürger und ein Europa der Regionen sein wird. Baden-Württembergs Ministerpräsident Erwin Teufel hat sich in einer Rede vor dem Grossen Rat des Kantons St. Gallen, der ihn als ersten ausländischen Politiker dazu eingeladen hat, am 9. Mai 1995 sehr grundsätzlich mit der Thematik Föderalismus, Subsidiarität und Regionen im europäischen Einigungsprozess auseinandergesetzt und u. a. wörtlich erklärt: "Regionalismus und Föderalismus sind Europa-zuträglich! Nur sie können neue Kräfte wecken, die dem Ganzen nützen. Die Einbeziehung der Regionen in die europäische Einheit stärkt Demokratie und Effizienz in der EU gleichermassen. Länder und Regionen sind deshalb wichtiger denn je. Eine Renaissance der regionalen Kräfte und Ideen ist erforderlich. Der moderne europäische Einigungsprozess lässt die regionale Vielfalt zu, ja er lebt geradezu von ihr! Sie ist die Quelle des kulturellen und materiellen Reichtums unseres europäischen Kontinents."
Was Erwin Teufel in seiner vielbeachteten St. Galler Rede zu den Regionen und Ländern im europäischen Einigungsprozess sagte, wandte er auch auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit an: "Subsidiarität und Föderalismus sind die grundlegenden Voraussetzungen für die Schaffung einer künftigen europäischen Ordnung. Sie sind auch die Basis für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Diese hat im europäischen Einigungsprozess eine besondere Bedeutung, denn sie ist das beste Mittel, die europäischen Regionen, ungeachtet ihrer vielfältigen Ausprägung, zusammenzubringen".

"Kleine" Aussenpolitik nach dem EWR-Nein

Die Richtigkeit der Entscheidung der IBK-Regierungschefs von 1990 war, die IBK hin auf die breiten Felder regionalpolitischer Zusammenarbeit zu öffnen (und die IBK damit zu vertiefen). Sie bestätigte sich bereits zwei Jahre später, als Volk und Stände der Schweiz am 6. Dezember 1992 "Nein" zum EWR-Beitritt der Eidgenossenschaft sagten. In der Internationalen Bodenseekonferenz bot sich den Ostschweizer Kantonen eine politische Struktur zur Aktivierung der "kleinen" Aussenpolitik und zur Intensivierung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit, insbesonders im wirtschaftlichen Bereich. Dies gewann noch

grössere Bedeutung durch die Realisierung des EU-Binnenmarktes und angesichts der Tatsache, dass die EU-Aussengrenze mitten durch den Bodensee geht.

Zitat:
"Regionalismus und Föderalismus sind Europa zuträglich! Nur sie können neue Kräfte wecken, die dem Ganzen nützen. Die Einbeziehung der Regionen in die europäische Einheit stärkt Demokratie und Effizienz in der EU gleichermassen. Länder und Regionen sind deshalb wichtiger denn je."

Baden-Württembergs Ministerpräsident Erwin Teufel vor dem Grossen Rat des Kantons St. Gallen am 9. Mai 1995

Standortbestimmung REGIO BODENSEE

In der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) arbeiten so unterschiedliche Länder wie Baden-Württemberg und der Kanton Appenzell Innerrhoden gleichberechtigt zusammen. Die IBK ist kein völkerrechtliches Gebilde, sondern eine freiwillige Plattform der Zusammenarbeit der Länder- und Kantonsregierungen von Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg, St.Gallen, Thurgau, beider Appenzell und Schaffhausen. Mit dem Beitritt des Kantons Zürich und des Fürstentums Liechtenstein per 1. Januar 1999 stösst einerseits die bevölkerungsreichste und wirtschaftlich stärkste Schweizer Agglomeration zur IBK; das Fürstentum Liechtenstein wiederum ist, anders als alle anderen IBK-Mitglieder, nicht ein Gliedstaat, sondern ein souveräner Staat mit konstitutioneller Verfassung.

Was die künftig 10 sehr verschiedenen Mitglieder der IBK eint, ist ihre Hinwendung zum Bodenseeraum als eine zentrale europäische Region mit mehr als 2 Millionen Menschen, der Wille der Zusammenarbeit in und für diese Region und die Verständigung auf ein gemeinsames Ziel, das im Bodensee-Leitbild definiert ist. Das auf breiter Basis erarbeitete Bodenseeleitbild wurde am 14. Dezember 1994 von den IBK-Regierungschefs in Meersburg einhellig beschlossen.

Kooperation - Basis der Regionalentwicklung

"Das Bodenseeleitbild ist eine grenzüberschreitende längerfristige Entwicklungsperspektive für die Region um den Bodensee. Es ist darauf ausgerichtet, die unverwechselbare Eigenart und die Besonderheit dieses Raumes unter den europäischen Regionen zu erhalten und sie im Bestreben nach Einklang von Natur, Kultur und Wirtschaft weiterzuentwicklen", definierten die Regierungschefs der Internationalen Bodenseekonferenz 1994 die Aufgabe und Funktion des Leitbildes.
Aus dem Bodenseeleitbild werden die wesentlichen Entwicklungsziele abgeleitet:

1. In der Raumordnung "bedarf es der nachhaltigen, d.h. dauerhaft umweltgerechten Sicherung und Gestaltung der Bodenseeregion als Lebensraum in Europa."
2. Im Wirtschafts-, Sozial- und Bildungsgefüge "bedarf es der grenzüberschreitenden Harmonisierung".

Handlungsbedarf in sechs Feldern

Aus diesen Entwicklungszielen ergibt sich Handlungsbedarf in den sechs Feldern "Wohnen und Siedlung", "Arbeit und Wirtschaft", "Umwelt, Natur und Erholung", "Verkehr, Telekommunikation", "Bildung, Wissenschaft und Kultur", "Gesundheit und Soziales". In diesen Bereichen, die im Bodenseeleitbild detailliert ausgeführt werden, seien "grenzüberschreitende Initiativen sowie eine kooperative Projektarbeit notwendig, um das Stärkenpotential der Bodenseeregion in seinem Bestand zu sichern und weiterzuentwickeln".

Ein Meilenstein-Entscheid: das Bodenseeleitbild ist rechtlich verbindlich

Zum ersten Mal hat ein Gericht den Ausbau einer Hafenanlage gestützt auf das Bodenseeleitbild der IBK untersagt. Nach den in der IBK vertretenen politischen Instanzen hat somit auch eine gerichtliche Instanz dem am 14. Dezember 1994 durch die Regierungschefs der IBK beschlossenen Bodenseeleitbild die Verbindlichkeit zugesprochen. Das gerichtliche "Nein" zum Hafenausbau in Lindau wird für weitere Vorhaben am Bodensee von präjudizieller Bedeutung sein.

Die Stadt Lindau beabsichtigte, den Yachthafen "Kleiner See" zu sanieren und um 111 Liegeplätze aufzustocken. Als genehmigende Behörde verweigerte das Landratsamt Lindau, unter Berufung auf das Bodenseeleitbild der IBK, die für die Realisierung des Projekts
erforderliche Genehmigung. Das Bodenseeleitbild spricht sich für eine Begrenzung der Zahl von Booten und Liegeplätzen aus. Dem hielt die Stadt Lindau entgegen, das Bodenseeleitbild sei nicht behördenverbindlich, es handle sich dabei lediglich um Empfehlungen. In der Folge zog die Stadt Lindau das Vorhaben weiter an das Augsburger Verwaltungsgericht. Dieses setzte nun anfangs Dezember 1998 ein deutliches Signal zugunsten des Bodenseeleitbilds.

In der Urteilsbegründung folgte das AugsburgerVerwaltungsgericht weitgehend der Argumentation des Landratsamtes Lindau. Die Aussagen im Bodenseeleitbild seien konkret und "vom Umsetzungswillen" der politischen Instanzen getragen. Falls neue Bootsliegeplätze genehmigt würden, hätte dies Vorbildcharakter und würde neue Begehrlichkeiten anderer Hafen-Standorte wecken.

Für die IBK kommt dieses Gerichtsurteil einem Meilenstein-Entscheid gleich, indem eine einvernehmliche Absichtserklärung von verschiedenen politischen Behörden ohne völkerrechtliche Verbindung Recht setzt. Damit erhält die IBK in der rechtlichen Anerkennung eine wertvolle Legitimation im Einsatz zu Gunsten der REGIO BODENSEE.

Zitat:

"Jetzt ist ein wichtiger Pflock für das Zusammenwachsen am See geschlagen worden, an dem man festmachen kann. Ein wichtiger Denkanstoß ist gegeben worden. Nicht jedes Land kann für sich allein und auf seine Art Gewässerschutz betreiben, man muß die Gesamtverantwortung sehen."
Dr. Manfred Bernhardt, Landrat von Lindau, Mitglied der IBK-Kommission Verkehr, am 04.12.98 in der Schwäbischen Zeitung

IBK - Effiziente Kooperation - Ziele - Organisation

Die Internationale Bodenseekonferenz (IBK) der Regierungen der Bodensee-Anrainerländer und -kantone hat sich während ihres 26jährigen Bestehens in ihrem Selbstverständnis gewandelt. Sie ist von einem grenzübergreifenden losen Zweckverband zur Rettung der bedrohten Ökologie des Bodensees zunehmend zu einem politischen Gebilde geworden, das in zahlreichen Politikfeldern gemeinsame Entwicklungen vorantreibt und kooperative regionale Lösungen im Dienste der Menschen im Bodenseeraum und zur Stärkung des regionalen Zusammenhalts sucht.
Der IBK-Präsident für die Jahre 1997 und 1998, Regierungsrat Dr. Walter Kägi, hat bei der 18. Regierungschef-Konferenz am 20. November 1997 in St. Gallen diese Entwicklung, als Antwort auf neue Herausforderungen, eindrücklich beschrieben.

1. Phase - Sorge um die Ökologie
"Die Sorge um die Ökologie im Bodenseeraum war Ziel der gemeinsamen Arbeit bis etwa 1990. Die kontinuierliche Investition von insgesamt etwa 5,5 Milliarden Franken in den Gewässerschutz und die entsprechenden Verbesserungen der Gewässergüte sind ein für sich selbst sprechender Leistungsausweis", hob Dr. Walter Kägi hervor.
"Am 14. Januar 1972, anlässlich der Gründungsversammlung der IBK, sagte der baden-württembergische Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger, der zur Sitzung nach Konstanz eingeladen hatte, es gelte, "gemeinsame Wege zu suchen, welche die Zusammenarbeit bei der Planung und beim Schutz unserer Umwelt am Bodensee verbessern können", weil sich diese Aufgaben "nicht aus einer engen lokalen oder nationalen Perspektive erfüllen lassen."
Es ging dem gastgebenden Ministerpräsidenten um "Gewässerschutz, Trinkwasserversorgung, die Bekämpfung von Lärm und Luftverschmutzung, Städtebau und Landschaftspflege" im Bodenseeraum, welcher "so attraktiv, aber auch so empfindlich und anfällig gegen Störungen ist."

Die 2. Phase: Zusammenarbeit
der Bodensee-Anrainer in fast allen Bereichen staatlicher Tätigkeit
IBK-Präsident Dr. Walter Kägi sieht die 2. Phase der Entwicklung im Beschluss zur breiten Zusammenarbeit begründet. Er erklärte vor der 18. Regierungschefkonferenz in St.Gallen: "Die Zusammenarbeit der Bodensee-Anrainerländer in fast allen Bereichen staatlicher Tätigkeit erfolgte seit dem

Statut von Feldkirch vom 16. November 1990. In den sechs Kommissionen, in weiteren Arbeits- und Projektgruppen wurden die einzelnen Geschäftssegmente bearbeitet und führten zu Beschlussanträgen an die Regierungschefs.
Die IBK machte sich mit Organisationsstatut und Leitlinien 1990 in Feldkirch auf den Weg zu einem politischen Gremium. Der damalige Vorsitzende der IBK, der Vorarlberger Landeshauptmann Dr. Martin Purtscher, erklärte: "Die Angelegenheiten der Bodenseekonferenz dürfen sich nicht nur auf den Bodensee und das Bodenseeufer beschränken; es soll die gemeinsame Verantwortung für den Bodensee gestärkt werden. Die grenzüberschreitende Region Bodensee muss im Bewusstsein der Bevölkerung gefestigt werden."

Die 3. Phase ist laut Präsident Kägi aktuelle Realität: "Die grenzübergreifende Arbeit in der REGIO BODENSEE ist heute eine auch von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommene Realität. Das unter dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten 1972 in die Welt gesetzte Kind ist erwachsen und wunschgemäss sehr nützlich geworden. Das am 14. Dezember 1994 verabschiedete Statut bildet hierzu die Grundlage. Das REGIO-Büro und der Bodensee-Informationsdienst sind sichtbare Zeichen. Der Ständige Ausschuss als von aussen eher wenig wahrnehmbares Gremium dient seither noch vermehrt als Impulsgeber für die vorgenannten Kommissionen. Er setzt als Kerngremium der Leitenden Beamten der IBK-Mitgliedsländer Weisungen der Konferenz der Regierungschefs um. Er formuliert mögliche Strategien und bündelt sie im Erweiterten Ständigen Ausschuss unter Beizug der Kommissionspräsidenten und Experten mit Ideen und Anregungen."

Als Leistungsausweis der IBK-Tätigkeit werden u. a. angeführt:
die Wiederherstellung der Trinkwasserqualität des Bodensees, die weltweit führenden Abgasvorschriften für Bootsmotoren, die IBK-Mitfinanzierung der Restaurierung des Raddampfers "Hohentwiel", die Ko-Finanzierung des Baus der 3. Bodenseefähre "Euregia" bis hin zur "Electronic Mall Bodensee" (EMB), Bodensee-Leitbild, Radwanderweg, Bodensee-Künstlerbegegnungen, Fördergaben, Bodensee-Geschichtserlebnis u. a. m.

Zusammenwirken mit Bodenseerat, IHK....
Die IBK als Plattform der regionalen Zusammenarbeit der Regierungen der Mitgliedsländer und -kantone versteht sich als starker Impulsgeber für die REGIO BODENSEE mit Exekutivgewalt. Dazu trägt auch das Zusammenwirken der IBK mit dem Bodenseerat als Gremium von Persönlichkeiten und Institutionen der Region, mit der Parlamentarierkommission Bodensee, mit der Arbeitsgemeinschaft der Bodensee-Industrie- und Handelskammern und einer Vielzahl weiterer grenzübergreifender Verbände und Einrichtungen bei.

Mitglieder der IBK

Seit 1972:	Land Baden-Württemberg, Freistaat Bayern, Bundesland Vorarlberg, Kantone St.Gallen, Thurgau, Schaffhausen
Seit 1994:	Kantone Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden

Mit 1.1. 1999:	Kanton Zürich, Fürstentum Liechtenstein

Wirtschaft

Wirtschaftliche Zusammenarbeit im Bodenseeraum angesichts neuer globaler Herausforderungen

Die Globalisierung der Märkte und der Unternehmen aufgrund der neuen Informations- und Kommunikationstechnologie, sowie die im Entstehen begriffene Informations- und Mediengesellschaft, verändern entscheidend die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Sie führen auch zu Strukturänderungen in der Wirtschaft der REGIO BODENSEE, von denen vor allem die "traditionellen" Industrien, aber auch die Beziehungen Zulieferer-Abnehmer, die Gesamtzahl der Beschäftigten und das Verhältnis der Arbeitskräfte im produzierenden Bereich zu denen im Dienstleistungssektor berührt sind.

Vor diesem Hintergrund hat die Kommission Wirtschaft der Internationalen Bodenseekonferenz ihre Arbeit neu strukturiert. Diese basiert auf den "Leitlinien zur grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der Region Bodensee", die am 7. November 1997 in Friedrichshafen von den für die Wirtschaftspolitik zuständigen Ministern und Regierungsräten der IBK unterzeichnet wurde. Sie stellen die operationelle Grundlage für die Aktivitäten der Kommission Wirtschaft auf grundlegenden wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Feldern dar.

"Friedrichshafener Erklärung" – Basis wirtschaftlicher Zusammenarbeit

Die Leitlinien verweisen auf das IBK-Bodenseeleitbild, in dem die Ziele der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit festgeschrieben sind: Stärkung der Wirtschaftskraft der Region; Schaffung von Arbeitsplätzen; Ausgleich regionaler Unterschiede; Entwicklung von Synergien sowie Schaffung einer grenzüberschreitenden Wirtschaftskultur durch enge Zusammenarbeit der Wirtschaftsorganisationen, der Betriebe und Verwaltungen.

Die "Friedrichshafener Erklärung" formuliert als Schwerpunkte der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Bodenseeregion:

- Jährliches Treffen der Wirtschaftsminister zur Diskussion und Abstimmung aktueller politischer und wirtschaftlicher Probleme. Das zweite Treffen fand am 9. Oktober 1998 in Konstanz anlässlich des ersten Internationalen Unternehmerinnenforums statt.
- Fortführung der jährlichen Internationalen Bodenseetagungen mit dem Ziel der Erörterung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage sowie der Entwicklung von Perspektiven für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt.

- Bereitstellung von Informationen über Innovationen, neue Technologien und Anwendungsverfahren (Transfer-Einrichtungen, Ideen-, Innovations-, Beschaffungsbörsen, Tischmessen usw).
- Vernetzung der wirtschaftlichen, technologischen, arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Beziehungen.
- Institutionalisierung der Zusammenarbeit zwischen den für die Wirtschaftsförderung zuständigen Einrichtungen.
- Verstärkte Nutzung der von der Europäischen Kommission im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit angebotenen Fördermöglichkeiten.
- Ausbau des Marketing über das in der Bodenseeregion vorhandene Wirtschafts- und Technologie-potential. Dabei bietet sich an, die Möglichkeiten der neuen Informations- und Kommunikationstechnologie zu nutzen. Mit der Electronic Mall Bodensee (EMB) steht eine entsprechende Einrichtung zur Verfügung.

Die Regierungschefs haben diese Leitlinien auf ihrer Konferenz am 21. November 1997 in St. Gallen zustimmend zur Kenntnis genommen.

Präsentation von Unternehmerinnen auf der Intertech 1998

Zur Sicherung der Nachhaltigkeit des von der IBK mitveranstalteten Internationalen Unternehmerinnen-Forums am 9. und 10. Oktober 1998 in Konstanz hat die IBK-Kommission Wirtschaft vorgeschlagen, neun Unternehmerinnen (je 3 aus der Ostschweiz, Vorarlberg und Baden-Württemberg) die Gelegenheit zu bieten, sich und ihr Unternehmen unter der Schirmherrschaft der IBK und deren Wirtschaftskommission auf der 9. Intertech in St. Gallen
(5. bis 7. November 1998) zu präsentieren. Der Erweiterte Ständige Ausschuss hat diesem Vorschlag zugestimmt. Die IBK kann damit zugleich den grenzüberschreitenden Bezug und ihre Aktivitäten einem breiteren und fachkundigen Publikum darstellen und einen Beitrag zur Förderung von ExistenzgründerInnen und JungunternehmerInnen sowie zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen leisten.

Verkehr

Anbindung der Bodenseeregion an die internationalen Bahn-Hochleistungsnetze –
Ausbau der regionalen Verkehrsangebote

Die Verbesserung der regionalen und der internationalen Verkehrsanbindung der Bodenseeregion, insbesondere im Schienenverkehr, ist aus regional- und standortpolitischen, wirtschaftlichen und ökologischen Gründen ein vorrangiges Anliegen der Internationalen Bodenseekonferenz.
Dank der Beharrlichkeit der Ostschweizer Kantone und der energischen Unterstützung durch die Regierungen der anderen IBK-Länder, insbesondere Baden-Württembergs und Bayerns, aber auch der ARGE-Alp-Länder, ist es gelungen, das Schweizer Parlament dazu zu bewegen, die NEAT-Achse Gotthard gleichrangig mit der Lötschberg-Linie einzustufen und wichtige Verbesserungen bei der Projektierung der

Zulaufstrecken zum Gotthard-Basistunnel festzuschreiben. Denn die Anbindung der Bodenseeregion an die Bahn-Hochleistungsnetze ist von entscheidender Bedeutung.
Noch relativ wenig konnte beim grenzübergreifenden Ausbau des regionalen Schienenverkehrsangebots bewegt werden. Deshalb hat die IBK eine neue Initiative gestartet.

Verbesserte Bahnverbindungen in der Bodenseeregion

Um zu weiteren konkreten Verbesserungen im grenzüberschreitenden Schienenpersonenverkehr zu gelangen haben die IBK-Regierungschefs bei ihrem "Kamingespräch" am
3. Juli 1998 in Gossau die Einsetzung einer Projektgruppe aus Vertretern der IBK, der Bahnen und unter Vorsitz von Herrn Staatssekretär Ulrich Müller beschlossen. Aufgrund des Berichts der Projektgruppe haben die Regierungschefs auf ihrer Konferenz am 19. November 1998 einmütig folgende Forderungen an die Deutsche Bahn AG, die Schweizerischen sowie die Österreichischen Bundesbahnen gestellt:
Auf der Strecke Stuttgart — Zürich soll die Zahl der Zugverbindungen beibehalten und der Zugverkehr zum nächsten Fahrplanwechsel in vollem Umfang auf Neigetechnik umgestellt werden.

Das Angebot der Österreichischen Bundesbahnen an Verbindungen bis bzw. ab Lindau soll kurzfristig zumindest nicht verschlechtert werden. Es ist schrittweise auf eine Rückverlängerung der Fernverkehrszüge nach Lindau hinzuarbeiten.

Weiterhin fordert die IBK die Deutsche Bahn AG auf,

Die Eisenbahnstrecken des Neigetechnik-Projekts Allgäu, die den Bodenseeraum berühren sollen zeitnah ausgebaut und bei der Fahrzeugindustrie auf einen Einsatz der Neigetechnik-Fahrzeuge entsprechend der ursprünglichen Planung (1999) gedrängt werden.

Unter Einsatz der Neigetechnik-Züge ist auf der Relation München — Zürich ein fahrplanmäßig durchgehender Zweistunden-Takt in der Tageszeit über den Flughafen Zürich einzurichten.

Mit dem Land Baden-Württemberg ist eine Finanzierungsvereinbarung zur Beschleunigung und zur Elektrifizierung der Strecke Ulm — Friedrichshafen — Lindau abzuschließen.

Die IBK fordert erneut eine Verbesserung des grenzüberschreitenden Bahnangebotes in der östlichen Bodenseeregion. Sie nimmt das dazu von den Bahnen vorlegte Angebot ("Bodenseetakt 2000") zur Kenntnis und beschließt die Einsetzung einer zeitlich befristeten Arbeitsgruppe unter Vorsitz des Landes Vorarlberg. Ziel der Arbeitsgruppe soll es sein, in Abstimmung mit den Ergebnissen der INTERREG-Studie zur Verbesserung des grenzüberschreitenden Personennahverkehrs im östlichen Bodenseeraum gemeinsam mit den berührten Regionen eine auch unter Kostengesichtspunkten realisierbare Verbesserung der Bahnverbindungen zwischen Lindau — Bregenz — St. Margrethen zu erreichen.

Die betreffenden Grenzorgane werden gebeten, die Formalitäten für den Grenzübertritt in St. Margrethen auf den Mittelperron zu verlagern.

Einheitliche Tarife in der Region Bodensee

Die IBK-Kommission Verkehr hat ein Projekt initiiert mit dem Ziel, einheitliche Tarife für den grenzüberschreitenden Tagesverkehr im Bodenseeraum zu schaffen. In enger Zusammenarbeit zwischen einer Arbeitsgruppe aus den IBK-Ländern und -kantonen sowie Repräsentanten der massgeblichen Transportunternehmen soll eine Studie aufgrund einer beschränkten Ausschreibung noch 1998 in Auftrag gegeben und 1999 durchgeführt werden. Der Ständige IBK-Ausschuss hat das Projekt am 28. Mai 1998 genehmigt. Die Kosten werden rd. 80.000 Franken betragen. Davon sollen 50 Prozent aus dem INTERREG-Programm der EU kommen. Der INTERREG-Antrag läuft.

Zitat:

"Es gilt, gemeinsame Wege zu suchen, welche die Zusammenarbeit bei der Planung und beim Schutz unserer Umwelt am Bodensee verbessern können, weil sich diese Aufgaben nicht aus einer engen lokalen oder nationalen Perspektive erfüllen lassen."

Baden-Württembergs Ministerpräsident Hans Filbinger am 14. Januar 1972 anlässlich der Gründung der IBK, zu der er nach Konstanz eingeladen hat.

Umwelt

Bodensee-Agenda 21: Regionale Umsetzung globaler nachhaltiger Entwicklungsziele

Im Jahr 1992 formulierte die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro ("Rio 92") die Ziele einer globalen nachhaltigen Entwicklung. Grundlegende Zielsetzung dieser "Agenda 21" ist es, gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, wirtschaftlichen Wohlstand zu ermöglichen und soziale Gerechtigkeit zu festigen. Die Internationale Bodenseekonferenz will diese Ziele im Bodenseeraum regional umsetzen.

Nachhaltige Entwicklung ist ein normatives Konzept, das in den Regionen und – entsprechend dem Motto "Global denken – lokal handeln" in allen gesellschaftlichen Bereichen lebendig werden soll.

Die Regierungschefs der IBK-Mitgliedsländer und -kantone haben am 20. November 1997 in St.Gallen die IBK-Kommission Umwelt deshalb beauftragt, ein Vorprojekt "Erarbeitung einer Bodensee-Agenda 21" zu entwickeln und dieses der Regierungschefkonferenz am 19. November 1998 in Wil zur Entscheidung vorzulegen. Die Kommission hat für die Konzeptentwicklung der regionalen Agenda 21 Experten aus den Mitgliedsländern sowie wissenschaftliche Partner zugezogen.

Am 24. September 1998 hat der Ständige IBK-Ausschuss den Bericht der IBK-Kommission Umwelt "Vorläufiges Ergebnis des Vorprojekts Bodensee-Agenda 21" zustimmend zur Kenntnis genommen und er empfiehlt den Regierungschefs, in den Agendaprozess sanft einzusteigen.

Wesentlicher Ansatz ist dabei die umfassende Integration aller Politikbereiche und -ebenen bis zu den Kommunen unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen.

Prioritäre Handlungsfelder der Bodensee-Agenda 21

Das Vorprojekt definiert folgende prioritären Handlungsfelder für eine Bodensee-Agenda 21:

• Beim Themenbereich "Entwicklung einer nachhaltigen Land- und Waldwirtschaft" geht es um die Sicherung und Entwicklung der lebens- und liebenswerten Kulturlandschaft unter Schutz und Förderung naturnaher Elemente, ferner um landwirtschaftliche Nutzung mit ökologischem Leistungsauftrag und die Förderung regionaler Kreisläufe u. a. mit Vermarktungsstrategien für umwelt- und tiergerecht produzierte Lebensmittel.
• Der Themenbereich "Nachhaltige Entwicklung von Siedlungen und Verkehr" zielt auf einen Stop der Zersiedelung sowie die nachhaltige Weiterentwicklung der gewachsenen Kultur- und Erholungslandschaft ab, weiters auf den Schutz und die Stärkung von Freiräumen, insbesonders Freiflächenerhalt und -aufwertung am See. Nicht zuletzt geht es dabei um die umweltgerechte Mobilität mit bedarfsgerechtem öffentlichen Verkehr zur Reduzierung des Individualverkehrs sowie um kombinierte Lösungen im Güterverkehr.
• Der thematische Bereich "Regionale Wirtschaftskreisläufe"setzt auf regionale Wertschöpfungsketten mit einem wohnortnahen und breitgefächerten Angebot an hochwertigen Arbeitsplätzen, ferner auf die Förderung eines umweltgerechten Tourismus und die Einbindung der Wirtschaft in nachhaltige, kommunale Entscheidungsprozesse und die Zusammenarbeit durch definierte Institutionen.
• Beim Thema "Erhalt der biologischen Vielfalt" geht es um die Verbesserung des Uferschutzes sowie um Vernetzungspläne naturnaher Räume.
• Beim "Schutz des Bodensees und seiner Zuflüsse als Süsswasserressource"ist das Ziel die Rückführung in ein stabiles Ökosystem.
• Zum Thema "Bildung" postuliert das Konzept "Bildung zur Förderung eines Bewusstseins für Nachhaltige Entwicklung sowie der regionalen Identität" und die Zusammenarbeit der Schulen und Hochschulen in Richtung Agenda 21.

Bodensee-Agenda 21 - ein Prozess

Nachhaltige Entwicklung, stellt der Vorbericht zur Bodensee-Agenda 21 fest, sei keine klar zu operationalisierende Zielgrösse, sondern eine regulative Idee, die der gesellschaftlichen Entwicklung eine Richtung weist. Sie zeige das Bild einer wünschenswerten Zukunft", sei jedoch nicht widerspruchsfrei. Es gebe vielfach keine objektiv richtigen Ziele zwischen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Einflüssen.

"Die Komplexität der Probleme und Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Interessen sowie die Unsicherheit über zukünftige Entwicklungen erschweren die Zielfestlegung."
"Ein Agenda-Prozess stellt einen grundlegenden, gesellschaftlichen Umsteuerungsprozess dar, mithin einen Prozess, dessen Ende nicht absehbar und somit auch nicht planbar ist." Im Vordergrund stehe die Initiierung des Prozesses, nicht sein Abschluss.
Der Vorbericht weist auf eine ganze Reihe weiterer Probleme – und Fragestellungen bei der "Modellierung eines Agenda 21-Prozesses im Bodenseeraum" hin und spricht sich aus für ein Zusammenspiel von "Initiative von oben" und "Aktivitäten, die von der Basis ausgehen."

Bodensee-Agenda 21 unter Trägerschaft der IBK
"Mit Blick auf den inhaltlich umfassenden und integrativen Anspruch der Agenda 21 ist es von grosser Bedeutung, dass sich die gesamte IBK und nicht nur ihre Kommission Umwelt mit dem Projekt Bodensee-Agenda 21 identifiziert", schreibt die Umweltkommission und empfiehlt der IBK, das Gesamtprojekt Bodensee-Agenda 21 nicht länger nur bei der Umweltkommission, "sondern zentral in einem Steuerungsausschuss beim Ständigen Ausschuss der Internationalen Bodenseekonferenz zu verankern."

Weitere Projekte:

Massnahmenplan Landwirtschaft/Gewässerschutz der IBK
Für den Abschluss des Massnahmenplanes Landwirtschaft/Gewässerschutz sind Zusatzarbeiten erforderlich, insbesonders die Anpassung an neue Daten der Internationalen Gewässerschutzkommission für den Bodensee (IGKB) sowie die Einbeziehung der Daten des Kantons Graubünden, des Fürstentums Liechtenstein und des Kantons Zürich.

Bestandsübersicht der strukturellen Belastung des Ufer- und Flachwasserbereichs des Bodensees
Die IBK-Kommission Umwelt betrachtet die Erarbeitung einer aktuellen Bestandsübersicht der strukturellen Belastung des Ufer- und Flachwasserbereichs am gesamten Bodensee – Ufermauern, Steg- und Hafenanlagen, Bade- und Campingeinrichtungen und dergleichen – als notwendig. Diese Übersicht soll in Zusammenarbeit mit der Internationalen Gewässerschutzkommission ergänzt werden, und zwar um
• eine vergleichende Bewertung der Ufer- und Flachwasserzone
• Empfehlungen von Massnahmen im Rahmen der Unterhaltung, bei Baggerungen mit Fragen des Materialverbleibs, Schüttungen, Umlagerungen und Renaturierungen für die verschiedenen Nutzungen der Ufer- und Flachwasserzone.

Da die notwendige Bestandsaufnahme über die Auswirkung der Belastung der Ufer- und Flachwasserzone nur in der Niedrigwasserperiode zwischen September bis Anfang April durchgeführt werden kann, sollten die Arbeiten noch in diesem Jahr beginnen. Die Gesamtkosten werden sich auf 47.511.- Ecu resp. DM 88.000.- belaufen. Der Ständige Ausschuss hat das Projekt am 24. September bewilligt und eine Anteilsfinanzierung aus IBK-Mitteln (25 Prozent) von DM 22.000.- in Aussicht gestellt.

Bodensee-Rundwanderweg

Die Kommission Umwelt ist beauftragt, die touristischen Umweltbelastungen zu analysieren und Konzepte zu deren Minderung auszuarbeiten. Derzeit werden die folgenden Projekte ausgeführt:

• Workshops zur Schulung von Tourist-Info-Counterkräften, Hoteliers usw. sowie

• Aufbereitung und Neuorientierung des Bodensee-Rundwanderweges (Konzeption der ersten Teilstrecke).

Folgearbeiten, die der Umsetzung dienen, sind für 1999 vorgesehen.

Weitere Arbeiten der Kommission Umwelt bzw. von Projekt- und Arbeitsgruppen sind die im Januar 1998 fertiggestellte Ermittlung des Waldbodenzustandes (Waldbodeninventur) in den IBK-Mitgliedsländern, eine übersichtliche Darstellung der Befahrenbeschränkungen und der ökologisch besonders sensiblen Seebereiche für den gesamten Bodensee (als Neudruck der IBN-Schifffahrtskarte), eine Erhebung und Bericht über die Entwicklung der Bootsliegeplätze zwischen 1992 und 1.1. 1997. Dieser Bericht wurde von der Regierungschefkonferenz am 20. November 1997 zur Kenntnis genommen.

INTRREG-II-Projekt "Luftqualität Bodenseeraum"

Die Mitgliedsländer und -kantone der IBK sowie Graubünden, Zürich und das Fürstentum Liechtenstein haben ein gemeinsames Projekt "Luftqualität Bodenseeraum" gestartet und beim INTERREG-II-Förderprogramm der EU eingereicht.

Aufgabe des Projektes ist es, die Aktivitäten der Bodenseeanrainer zur Überwachung der Luftqualität zu überprüfen, nach Möglichkeit zu optimieren und aufeinander abzustimmen.

Das Projekt soll am 1.1.1999 starten und Mitte 2000 abgeschlossen werden.

Kultur

Kulturelles Erleben der Bodenseeregion

Die Bodenseeregion ist eine alte, in sich verwobene Kulturlandschaft. Diese grenzüberschreitend neu zu entdecken, den Bewohnern und Gästen zu erschliessen, zugleich aber die Nachbarn am See in das aktuelle kulturelle Leben einzubeziehen, ist ein Schwerpunkt der Initiativen und Aktivitäten der Kommission Kultur der Internationalen Bodenseekonferenz. Die Bodenseeregion soll kulturell erlebt werden.

Bodensee-Geschichtserlebnis zum Thema "Klöster & Orden" 1997/1998

Ein erfolgreiches Beispiel, das reiche Erbe der Region bewusst zu machen, bildet das von der IBK-Kommission Kultur initiierte und vom REGIO-Büro-BODENSEE betreute Projekt "Bodensee-Geschichtserlebnis zum Thema Klöster & Orden". Es wurde im Mai 1997 in einem Sonderheft "Klöster &

Orden" der Bodensee-Hefte vorgestellt. Darin werden insgesamt 26 klösterliche Kulturdenkmäler rund um den See präsentiert.

Die Projektkosten wurden aus dem IBK-Haushalt, aus Beiträgen der IBK-Mitglieder und aus dem INTERREG-II-Förderprogramm der EU finanziert.

Die erfreuliche Resonanz veranlasst die Kommission Kultur, das in der Projektgruppe Umwelt und Tourismus entwickelte und aus dem INTERREG-II-Programm der EU mitfinanzierte Projekt "Verkehrsgeschichte im Bodenseeraum" 1999 gemeinsam mit der Bodensee-Tourismus GmbH als Fortsetzung des "Bodensee-Geschichtserlebnis" durchzuführen.

Bodensee-Künstlerbegegung: Kartause Ittigen 1997, Schaffhausen 1999

1997 war der Kanton Thurgau Träger der in zweijährigem Turnus stattfindenden Bodensee-Künstlerbegegnung, 1999 wird Schaffhausen die nächste Begegnung ausrichten. Thema der 4. Bodensee-Künstlerbegegnung, die jeweils in der vollen Verantwortung des veranstaltenden IBK-Mitgliedslandes bzw. -Kantons liegt, war 1997 "Kunst im Aussenraum".

Verleihung der IBK-Fördergaben an junge KünstlerInnen

Im Jahr 1997 wurden von den Regierungschefs wie alljährlich sechs Fördergaben an junge Künstler aus dem Bodenseeraum, diesmal in der Sparte Bildende Kunst, verliehen. Die Preissummen von je Fr. 10.000.– gingen an:
Christoph Büchel, *1966, Kanton St.Gallen; Swetlana Heger, *1968, Land Vorarlberg; Peter Kamm, *1958, Kanton St.Gallen; Caro Niederer, *1963, Kanton Appenzell AR; Paul Nicolas Ritter, *1967, Kanton Thurgau; Susan Stadler, *1964, Freistaat Bayern.

Im Jahr 1998 wurden die Fördergaben in der Sparte Ernste Musik vergeben. Ziel war die Förderung und Auszeichnung ungewohnter, besonderer Formen des Musiklebens: Interpretierende und insbesondere Ensembles, die mit besonderen programmatischen Ansätzen, hinsichtlich Inhalt, Form, Material oder Darstellung aufwarten; Komponierende, deren Werke diesen Kriterien entsprechen. An der Ausarbeitung des Reglementes für die Auswahl der Kandidaten in den einzelnen Ländern wirkten die von den Ländern bestimmten Jurymitglieder bereits mit. Das Fürstentum Liechtenstein beteiligte sich mit einem Beitrag von Fr. 10.000.– und durch Einsitznahme in die Jury.

Je Fr. 10.000.– erhielten:
Jürg Surber und Mitwirkende der Kantonsschule, Trogen, Appenzell A. Rh., das Hassler-Consort, Ochsenhausen, Baden-Württemberg,
das Trossinger Schlagzeugensemble, Trossingen, Baden-Württemberg, das Jugendorchester "il mosaico", Wattwil, St. Gallen, der Komponist Wolfram Schurig, Feldkirch, Vorarlberg, das Blechbläserensemble "Sonus Brass", Götzis, Vorarlberg

Die Preisübergabe fand im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung am Vorabend der Konferenz der Regierungschefs vom 19. November 1998 in Wil SG statt.

Kinder- und Jugendtheater-Festival Triangel in Konstanz/St.Gallen

Vom 14. bis 22. Juni 1997 organisierte der Intendant des Stadttheaters Konstanz, Rainer Mennicken, auch in seiner Funktion als Mitglied der Arbeitsgruppe Kultur des Bodenseerates, erstmalig ein Kinder- und Jugendtheaterfestival "Triangel". Hauptspielplatz war Konstanz, Nebenspielplatz St. Gallen. Gegeben wurden 30 Stücke mit insgesamt 44 Aufführungen. Das Festival wurde vom Publikum und in der Kulturszene stark beachtet. Die Kosten von DM 450.000.- wurden vom Land Baden-Württemberg, der Stadt Konstanz, den Kantonen Thurgau und St. Gallen, aus INTERREG-Fördermitteln der EU, Eigenleistungen, Einnahmen und Sponsorenbeiträgen finanziert. Wegen dieser Finanzierungsweise kann das erfolgreiche Projekt nur als subregionale Veranstaltung einzelner IBK-Mitglieder angesehen werden. Ziel der Veranstaltung für das Jahr 1999 ist es, "Triangel" zu einem seeumspannenden Ereignis zu machen.

Informationstagung für die Leitungspersönlichkeiten der Kulturämter rund um den Bodensee vom 18. Juni 1998 in Bregenz

An der Informationstagung wurden die Kulturpoltik des Landes Vorarlberg, die Tätigkeit des REGIO-Büros-BODENSEE und die INTERREG-Förderprogramme der EU für Grenzregionen vorgestellt. Die nachträglich unter den 26 Teilnehmenden durchgeführte Umfrage ergab eine äusserst positive Beurteilung der Tagung. Sie wurde vor allem als informativ erachtet für eine erste Kontaktnahme untereinander und als Einstieg in die Belange der IBK. Auch wurde der Wunsch nach periodischer Wiederholung ähnlicher Veranstaltungen geäussert.

Bearbeitung von Beitragsgesuchen und von INTERREG-Projekten

Die Kommission bearbeitete eine grosse Zahl von Gesuchen zur Mitfinanzierung an Projekten. Als sachkundiges Gremium beurteilte sie auch zur Förderung durch die INTERREG-Programme der EU und der Schweizerischen Eidgenossenschaft vorgeschlagene Projektvorschläge.
Grösstes Förder-Projekt im kulturellen Bereich war das in beiden Berichtsjahren veranstaltete Bodenseefestival, das von der eigens hierzu gegründeten Bodensee-Festival-GmbH durchgeführt wird. Bei Gastspielen, Kulturbegegnungen und sonstigen Angeboten soll der Gedanke der grenzüberschreitenden Partnerschaft in der Bodenseeregion und in Europa zum Ausdruck gebracht werden. 1997 und 1998 wurden als Schwerpunkte das künstlerische Schaffen aus Spanien und aus Polen präsentiert. Wegen des grossen Finanzierungsbedarfs wurde das Bodensee-Festival von den IBK-Mitgliedern bis anhin ausserhalb der IBK-Aktivitäten unterstützt. Die Kommission Kultur konnte durch einzelne Mitglieder jedoch wesentliche Impulse in das Festival-Geschehen einbringen.

Bildung, Wissenschaft und Forschung

Ein besonderes Anliegen der Regierungschefs der Internationalen Bodenseekonferenz ist es, die Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungspotentiale der Region zu vernetzen und grenzüberschreitend nutzbar zu

machen. Ergänzt wird dieser Prozess durch vielfältige Kontakte der Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen der Region mit den grossen Wissenschafts- und Forschungszentren in der Schweiz (ETH, Universität Zürich), in Deutschland (insbesondere den Universitäten Baden-Württembergs) und in Österreich (Innsbruck, Wien, Graz).

Fünf Gemeinschaftsprojekte der IBK-Länder und -Kantone bilden Schwerpunkte der Arbeit der IBK-Kommission Bildung-, Wissenschaft und Forschung im Auftrag der Regierungschefs:

Ökotoxikologisches Servicelabor

Im Forschungsprojekt Ökotoxikologie werden Instrumentarien zur Erfassung und Bewertung relevanter Immissionen in der Umwelt entwickelt, die sowohl der Forschung und Lehre als auch zur Beratung der Politik und zum Vollzug bereitgestellt werden. Umfassendes ökotoxikologisches Wissen ist Voraussetzung dafür, den Bodensee als Lebensraum zu schützen und bei Unfällen mit ökotoxikologischen Auswirkungen schnell und wirksam eingreifen zu können. Im Forschungsprojekt wurden eine Datenbank und ein Forschungsverbund zwischen der Universität Konstanz, der ETH Zürich, der Universität Zürich und anderen ausseruniversitären Forschungseinrichtungen der Bodenseeregion aufgebaut.

Grenzüberschreitendes Studienangebot – virtuelle Fachhochschule Bodensee

Die Regierungschefs der IBK verfolgen als eines ihrer prioritären Ziele die Schaffung eines grenzüberschreitenden Studienangebotes,
das in der weiteren Folge zu einer virtuellen Fachhochschule Bodensee ausgeweitet werden kann.
Die IBK-Kommission Bildung, Wissenschaft und Forschung wurde vom Ständigen Ausschuss im Frühjahr 1998 beauftragt, die Zusammenarbeit der Fachhochschulen und Hochschulen der Region weiter voranzutreiben und die Planung und Umsetzung von Konzepten und Projekten bestmöglich zu unterstützen.

Die Kommission Bildung, Wissenschaft und Forschung hat eine Planungsgruppe eingesetzt, die die Kooperationsmöglichkeiten insbesondere zwischen der Fachhochschule Konstanz, der Fachhochschule St. Gallen und den Fachhochschul-Studiengängen Vorarlberg auslotet. Neben der Prüfung der Möglichkeiten zur Schaffung eines grenzüberschreitenden Studiengangs werden insbesondere auch die Möglichkeiten der Kooperation im Aufbau- bzw. Nachdiplomstudienbereich sowie bei berufsbegleitenden Studienangeboten sondiert. Mit ersten Ergebnissen wird bis Jahresende 1998 gerechnet.

Bodenseebezogene Unterrichtsmaterialien

Ziel des Projektes ist die Entwicklung multiregional konzipierter Lehr- und Lernmittel zu bodenseebezogenen Themen. Durch die Vermittlung bodenseebezogener Themen soll die Identifikation der gesamten Bevölkerung mit der Region erreicht werden. Die Schülerinnen und Schüler sollen anhand dieser Unterrichtsmaterialien zu einer vertiefenden Beschäftigung mit dem Bodenseeraum geführt werden.

Es wird vorerst Bodensee-Hefte zu folgenden Themenbereichen geben:

• Die Revolution von 1848
• Juden am Bodensee

• Wasser und Industrialisierung am Bodensee

Hochschul- und Studienführer EUREGIO BODENSEE

Der Hochschul- und Studienführer soll künftig nur noch in digitaler Form geführt werden, wodurch die teuren Druckkosten entfallen. Die zahlreichen bisherigen Zugriffe auf die digitale Version zeigen, dass grosser Informationsbedarf über Studienangebote in der Region Bodensee besteht. Da sämtliche Schulen der Bodenseeregion, die mit Matura bzw. Abitur abschliessen, ein Informationsblatt über den Online-Studienführer erhalten haben, wird mit einem weiteren Ansteigen der Zugriffszahlen gerechnet.
Projektdurchführung: Intermedia der Fachhochschul-Studiengänge-
Vorarlberg

Vernetzung der Bibliotheken

Durch das Projekt sollen einerseits die noch konventionellen Kataloge der Bibliotheken in elektronische Form übergeführt und anderseits die Kataloge so verbunden werden, dass sie dem Benutzer wie ein einziger Katalog erscheinen. Die Euregio-Bibliotheken präsentieren sich damit im Internet als eine Gemeinschaft, die ihre Dienstleistungen allen Bewohnern der Region zur Verfügung stellt.

Symposium Fachhochschulen an der Intertech

Unter dem Patronat der Internationalen Bodenseekonferenz fand am Tag der Eröffnung der 9. Intertech Bodensee in St. Gallen (5. bis 7. November 1998) ein den Fachhochschulen gewidmetes Symposium für ausgewählte Persönlichkeiten aus der Wirtschaft, der Politik und dem Bildungswesen statt.
Die IBK fördert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Fachhochschulen, denen im Bereich des Technologietransfers eine wichtige Rolle zukommt. Die Fachhochschulen sind in der Schweiz und in Österreich gegenwärtig im Aufbau, in Deutschland nehmen sie seit Jahren einen festen Platz in Bildung und Wirtschaft ein.

Zitat:

"Das Bodenseeleitbild ist eine grenzüberschreitende längerfristige Entwicklungsperspektive für die Region um den Bodensee. Es ist darauf ausgerichtet, die unverwechselbare Eigenart und die Besonderheit dieses Raumes unter den europäischen Regionen zu erhalten und sie im Bestreben nach Einklang von Natur, Kultur und Wirtschaft weiterzuentwickeln"

Die Regierungschefs der Internationalen Bodenseekonferenz
14. Dezember 1994, Meersburg

REGIO-Büro-BODENSEE

REGIO BODENSEE – Kooperationsraum für Bildung, Kultur, Gesundheit, Umwelt, Wirtschaft und Öffentlichkeitsarbeit

"Eine neue Interessenstendenz zeigen bestimmte Anfragen aus den Bereichen Medien und Wirtschaft. Immer öfter und ganz konkret wird nach den für die Region identitätsbezeugenden, typischen Errungenschaften, Produkten, Kulturevents u. a. gefragt. Die Entwicklung zu einer REGIO-Destination mit ganz bestimmten Typologien, die sich aktuell im Tourismus vollzieht, beginnt sich damit auch im REGIO-Verständnis anderer Bereiche abzuzeichnen".
Diese Entwicklung registriert der Leiter des seit Anfang 1994 tätigen "REGIO-Büro-BODENSEE" der Internationalen Bodenseekonferenz in Konstanz, Dipl. Ing. Nikolaus Schmidt-Mänz, in seinem Bericht an die 19. IBK-Regierungschef-Konferenz am 19. November 1998 in Wil/SG.

Die Schlussfolgerung: "Die REGIO BODENSEE entwickelt sich durch die Arbeit der IBK zu einem Kooperationsraum in den Bereichen Bildung, Kultur, Gesundheit, Umwelt, Verkehr, Wirtschaft und Öffentlichkeitsarbeit". Sie werde immer mehr als ein Raum wahrgenommen, in dem die verschiedenen Projektebenen miteinander zusammenarbeiten. Der See werde nicht nur als trennendes Element, sondern als die attraktive Bindung gesehen, die für alle Seeanrainer grösste ökologische, touristische, landschaftliche und kulturelle Bedeutung hat. Es stelle sich, so der Leiter des REGIO-Büros aufgrund seiner umfassenden Beobachtung der Entwicklung in der Bodenseeregion, "die Frage, ob sich auch die Regionalpolitik rechtzeitig des konzeptionellen Begriffs «Destination» annehmen soll, um damit ihre politische Arbeit zu operationalisieren, um damit z. B. ein REGIO-Management aufzubauen." Die Bodenseeregion werde als ökologisch-umweltorientierter und zugleich innovativer Technologiestandort angesehen.

REGIO-BODENSEE-Auftritte in Brüssel
Nicht nur in der Region ist das Bewusstsein einer spezifischen Bodensee-Identität im Wachsen. Auch überregionale Auftritte haben der "Botschaft" vom Bodensee Nachhall verschafft:

- Die Übergabe eines Modells des Zeppelin NT durch den baden-württembergischen Landtags-Präsidenten Peter Straub und den Vorarlberger Landeshauptmann Dr. Herbert Sausgruber an die für Regionalpolitik zuständige EU-Kommissarin Dr. Monika Wulff-Mathies war ein Highlight anlässlich der Plenartagung des Ausschusses der Regionen (ADR) im Juni 1997 in Brüssel.
- Das REGIO-Büro nahm 1998 an dem vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Berlin ausgelobten Wettbewerb "Regionen der Zukunft" teil, wurde aber leider nicht als "Region der Zukunft" ausgewählt.
- Mitglieder der IBK-Kommission Öffentlichkeitsarbeit nahmen an der Konferenz "Öffentlichkeitsarbeit der Regionen" Ende Juni 1998 in Brüssel teil. Das REGIO-Büro bot für die dort gezeigte PR-Ausstellung sämtliche IBK-Werbematerialien auf: Satellitenbild-Folder, Bodenseeleitbild, REGIO-Fahrplan, Hochschulführer, den neuen Ratgeber für grenzüberschreitende Zusammenarbeit "Arbeit und Wirtschaft", "Kooperative Aktivitäten", Internet-Homepage u. a.
- Das REGIO-Büro-BODENSEE entfaltete und entfaltet in und ausserhalb der Bodenseeregion eine rege Veranstaltungs- und Vortragstätigkeit.

Wegbereiter für Kooperationen

Das REGIO-Büro fungierte auch als Wegbereiter für eine Reihe von INTERREG-Projekten in der Region wie z.B. Electronic Mall Bodensee (EMB), Historische Vehikel, Bodenseeleitbild, Jugendtheater-Festival "Triangel", WIB Weiterbildungs-Informationssystem Bodensee, Tourismus-Geschäftsstellen "buchbarer Bodensee" und berät Unternehmen, Verbände, Institutionen bei INTERREG-Anträgen.

Bodensee-Ufergemeinden

Die Bodensee-Ufergemeinden haben 1995 eine informelle Arbeitsgemeinschaft gebildet und treffen sich, organisatorisch betreut vom REGIO-Büro, mindestens einmal im Jahr zum informellen Austausch. Im Frühjahr 1997 standen im Schloss Marbach (Landkreis Konstanz, Gde. Öhningen) die elektronischen Medien, im September 1998 in Egnach/TG das Thema "Ökologisierung der Schweizer Landwirtschaft und ihre Auswirkung auf die Bodenseeregion" im Mittelpunkt.

Breite Dienstleistung des REGIO-Büros

Das REGIO-Büro der Internationalen Bodenseekonferenz hat seinen Sitz im Landratsamt Konstanz, Benediktinerplatz. Geschäftsführer Nikolaus Schmidt-Mänz und Verwaltungsassistentin Yvonne Momayezi können sich für die vielfältigen Aussenkontakte, Anfragebeantwortungen, Infos, Herstellung und Versand des bi-Bodensee-Informationsdienstes moderner Informatik-Technologie bedienen. Der Standort Konstanz hat sich für das REGIO-Büro bewährt, nicht nur wegen der verkehrsgeographisch guten Lage, sondern auch als Standort in einer Universitäts- und Fachhochschulstadt mit Agglomerationsvorteil.

Vielseitige Anfragethemen

In den beiden Berichtsjahren 1997 und 1998 wurden an das REGIO-Büro jeweils ca 1.500 Anfragen von BürgerInnen, Betrieben, Institutionen, Bildungseinrichtungen, Behörden – zunehmend auch telekommunikativ – gestellt und beantwortet.
Thematisch sind die Anfragen und Wünsche breit gestreut. Sie betreffen die grenzübergreifende Zusammenarbeit, die REGIO allgemein, Bodenseeleitbild, Förderprogramme der EU, IBK, Verwendungswünsche des IBK-Logos, Medienverzeichnis, Adressvermittlung aller Art, Vorträge zur EUREGIO und grenzübergreifende Zusammenarbeit, Wünsche an Institutionen (z. B. Fahrplanänderungen)

Nachfrageschwerpunkte bei IBK-Publikationen sind "Hochschulführer", "REGIO-Fahrplan", Ratgeber "Arbeit und Wirtschaft" sowie "Kooperative Aktivitäten". Vermehrt gewünscht wird ein Kurzprofil der IBK, an dem das REGIO-Büro arbeitet.

Bodensee-Informationsdienst "bi" in neuer Form

Im Auftrag des Ständigen IBK-Ausschusses hat die IBK-Kommission "Öffentlichkeitsarbeit" als Herausgeber ein völlig neues Konzept für den seit Mai 1993 erscheinenden "Bodensee-Informationsdienst - bi" entwickelt, das mit Jahresbeginn 1999 realisiert wird.

Das neue Konzept sieht vor, dass der "Bodensee-Informationsdienst" redaktionell im REGIO-Büro erstellt wird und sich inhaltlich auf die Verbreitung von Informationen aus den Gremien – Regierungschefkonferenz, Ständiger Ausschuss, Kommissionen, Projekt- und Arbeitsgruppen – der "Internationalen Bodenseekonferenz" – konzentriert.
Dazu wurde die Stelle einer PR-Assistenz beim REGIO-Büro international ausgeschrieben und von der Kommission Öffentlichkeitsarbeit aus den über 100 Bewerbungen die neue Mitarbeiterin im REGIO-Büro ausgewählt. Deren Aufgabe ist neben der Redaktion des "bi" und der Funktion als Ansprechpartner der Medien die regionsrelevante Auswertung der Print- und audiovisuellen Medien, die Präsentation der Arbeit der IBK bei Verbänden, PR-Aktionen im Auftrag der IBK und die Betreuung von Praktikanten in den Bereichen Medien-, Sozial,- Politik- und Verwaltungswissenschaften.

Regierungschefkonferenz

Beschlüsse 1997

18. Sitzung am 20. November 1997 in St. Gallen

Die Regierungschefs der Internationalen Bodenseekonferenz haben bei ihrer Sitzung am 20. November 1997 im Weiterbildungszentrum Holzweid der Universität St.Gallen eine Reihe von Beschlüssen gefasst, die hier zusammengefasst werden.

Die Regierungschefs haben die IBK-Kommission Bildung, Wissenschaft und Forschung beauftragt, die Zusammenarbeit der Universitäten und Fachhochschulen zu fördern, bestehende Kooperationsmöglichkeiten auszuloten und mögliche Kooperationsprojekte zu unterstützen. Die Kommission wurde weiters beauftragt, die Vernetzung der Bibliotheken im Bodenseeraum mit dem Ziel der Schaffung eines Daten- und Informationsverbundes, in dem die Kataloge aller Bestände zusammengeführt sind, weiterzuverfolgen.

Im Kulturbereich beschlossen die IBK-Regierungschefs, 1998 erneut bis zu 6 Fördergaben zu 10.000 Franken an junge Kulturschaffende, und zwar in der Sparte "Ernste Musik", zu verleihen.
Dank ausgesprochen wurde dem Kanton Thurgau für die erfolgreiche Ausrichtung der vierten Bodensee-Künstlerbegegung mit dem Thema "Kunst und öffentlicher Raum" in der Kartause Ittingen. Sie nahmen den Zwischenbericht über das "Bodensee-Geschichtserlebnis" mit dem Thema "Klöster und Orden" zur Kenntnis und empfahlen der Kulturkommission, mit der Arbeitsgruppe "Tourismus und Umwelt" über das Nachfolgeprojekt "Touristische Vermarktung der Verkehrsgeschichte im Bodenseeraum" zusammenzuarbeiten.

Im Umweltbereich nahmen die Regierungschefs den Bericht der Kommission Umwelt über die Bootsliegeplätze am See zur Kenntnnis und bekräftigten den auf der 12. IBK-Sitzung gefassten Beschluss zur Begrenzung der Anzahl der Bootsliegeplätze. Sie wiesen ihre Verwaltungen an, bei der Rechtsanwendung auf die Umsetzung der gefassten Beschlüsse zu achten. Die Konferenz der Regierungschefs beschloss, der Bitte der Internationalen Wassersportgemeinschaft Bodensee e.V. (IWGB) nicht zu entsprechen und sich nicht für die Aussetzung der Stufe 2 der Abgasvorschriften der Bodensee-Schiffahrtsordnung (BSO) einzusetzen. Sie wollen sich jedoch bei der Internationalen Schiffahrtskommission für den Bodensee (ISKB) dafür verwenden, dass die derzeit praktizierte Ausnahmeregelung für Aussenbordmotoren bis max. 30kW bis auf weiteres fortgeführt wird. Sie baten ferner die Internationale Schiffahrtskommission für den Bodensee und die Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee, den EU-Entwurf für eine Richtlinie zur Begrenzung der Abgas- und Lärmemissionen von Bootsmotoren zu prüfen und, falls erforderlich, Aktivitäten einzuleiten, damit die Abgasvorschriften der BSO als weitergehende Massnahmen im Interesse des Gewässerschutzes von der EU-Richtlinie unberührt bleiben.
Von den Regierungschefs wurde die Kommission Umwelt beauftragt, das Vorprojekt "Erarbeitung einer Bodensee-Agenda 21" durchzuführen und der Regierungschefkonferenz am 19. November 1998 zum Beschluss vorzulegen. Die Umwelt-Kommission wurde zudem aufgefordert, folgende Projekte der Arbeitsgruppe Tourismus durchzuführen:

• Aufbereitung und Neuorientierung des Bodensee-Rundwanderweges (Konzeption und erste Teilstrecke)
• Workshops zur Schulung von Tourist-Info-Counter-Kräften, Hoteliers etc. zur besseren Nutzung bereits existierender Bausteine nachhaltiger Tourismusentwicklung, insbesondere der elektronischen Auskunfts- und Ticketbuchungssysteme.

Im Bereich Schienenverkehr in der Bodenseeregion forderte die Internationale Bodenseekonferenz die Verdichtung des Angebots auf den Strecken München — Zürich zum 2-Stunden-Takt spätestens ab dem Fahrplanwechsel im Jahr 2000 sowie den Ausbau des bestehenden Takts auf der Strecke Stuttgart —Zürich. Die IBK erwartet, dass Finanzierung und Einsatz von Neigezügen gesichert und im Rahmen des vorgesehenen Realisierungsplans eingehalten werden. Abgelehnt wurde von der IBK eine Bündelung von Zügen nach Zürich über Ulm, da hierdurch eine Vernachlässigung des westlichen und östlichen Bodenseeraumes eintreten würde. Weiters verlangten die Regierungschefs Massnahmen zur deutlichen Kapazitätsverbesserung und Beschleunigung der Zugsverbindungen über den Bahnhof Lindau und forderte die Beteiligten auf, bei der Diskussion um die Verlegung des Bahnhofs die verkehrliche Bedeutung für die Schienenverbindungen im östlichen Bodenseeraum verstärkt zu berücksichtigen.
Die Regierungschefs nahmen schliesslich den Sachstandsbericht über den Öffentlichen Personennahverkehr, insbesonders im östlichen Bodenseebereich, zur Kenntnis und beauftragten die IBK-Kommission Verkehr, die Umsetzung des Massnahmenkatalogs der Strategiestudie "Verkehr" und der in Arbeit befindlichen Studie sowie die Verknüpfung mit bereits erreichten Verbesserungen zu koordinieren.

Im Bereich Telematik/Kommunikation wurde eine Arbeitsgruppe unter Federführung der Kommission Wirtschaft und unter Vorsitz des Kantons St.Gallen beauftragt, die Auswirkungen der Telematik auf die REGIO BODENSEE zu untersuchen. Die IBK-Länder und -Kantone wirken in der Arbeitsgruppe mit.

Zum Thema "grenzüberschreitende Ausbildungsharmonisierung" halten die Regierungschefs weitere Fortschritte bei der Harmonisierung der Inhalte und der Anerkennung der Abschlüsse in der beruflichen Bildung im Interesse der Flexibilität und der Mobilität auf dem Arbeitsmarkt in der REGIO BODENSEE für dringlich. Sie beschlossen dazu die Einsetzung einer Arbeitsgruppe aus Vertretern der IBK-Kommissionen Bildung, Wissenschaft und Forschung und der Kommission Wirtschaft, die entsprechende Vorschläge ausarbeiten soll.

Zitat:
"Die Angelegenheiten der Bodenseekonferenz dürfen sich nicht nur auf den Bodensee und das Bodenseeufer beschränken; es soll die gemeinsame Verantwortung für den Bodensee gestärkt werden. Die grenzüberschreitende Region Bodensee muss im Bewusstsein der Bevölkerung gefestigt werden."

Der Vorarlberger Landeshauptmann und Präsident der IBK, Dr. Martin Purtscher am 16. November 1990, bei der IBK-Konferenz in Feldkirch

Regierungschefkonferenz

Beschlüsse 1998

19. Sitzung am 19. November 1998 in Wil

Die 19. Sitzung der Regierungschefs der Internationalen Bodenseekonferenz fand am 19. November 1998 im "Hof zu Wil" in Wil statt.
Die Begegnung stand im Zeichen zweier wichtiger Ereignisse, dem turnusgemässen Wechsel im IBK-Vorsitz und der Gebietserweiterung der IBK. Mit dieser Sitzung zählen nun der Kanton Zürich und das Fürstentum Liechtenstein zu den Mitglieder der IBK.

Damit verfügt die IBK jetzt über 10 Mitglieder (Bundesländer und Kantone). Die Länder Baden-Württemberg und Bayern, das Bundesland Vorarlberg und die Kantone Schaffhausen, St. Gallen und Thurgau sind seit der Gründung dabei. Die Kantone Appenzell Ausserrhoden und Innerrhoden kamen Ende 1993 hinzu.

Liechtenstein hatte bislang einen Beobachterstatus inne und wirkte schon über eine längere Zeit im Kulturbereich mit, während Zürich sich im Frühsommer diesen Jahres um die Mitgliedschaft aktiv beworben hatte. Ein Vertreter des Kantons Zürich hatte bereits an der Gründungsversammlung der IBK, welche durch den damaligen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg 1972 einberufen worden war, teilgenommen. Allerdings kam es damals nicht zum Beitritt. Der Kanton Schaffhausen regte schon vor Jahren an, Zürich auch miteinzubeziehen. Einer der Hauptgründe war und ist die Abrundung des Gebietes in der südwestlichen Ecke der IBK. Dafür spricht auch, dass verschiedene IBK-Mitglieder bereits mit Zürich in institutionalisierten Bereichen zusammenarbeiten. Diese Erweiterung der Zahl der Mitglieder bewirkte gleichfalls eine Änderung der Finanzierung. Das gemeinsame Jahresbudget, das sich bis dahin auf 400'000 DM belief, beträgt neu 480'000 DM.

Zeitgleich mit der Aufnahme der neuen Mitglieder ging der Vorsitz der IBK an das Land Vorarlberg über. Dr. Walter Kägi, St. Galler Regierungsrat, überreichte das Ruder Herrn Landeshauptmann Dr. Herbert Sausgruber. Seine Konzentration für die nächsten zwei Jahre gilt den Bereichen Bildung und Wissenschaft, Verkehr und Kultur.

In Kenntnis der einzelnen Berichte der Kommissionen wurden von den Regierungschefs folgende Beschlüsse gefasst:

Die Kommission Bildung, Wissenschaft und Forschung kann für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Hochschulbildung ab sofort konkrete Vorschläge umsetzen.

Die Regierungschefs sind sich generell darüber einig, dass die Zusammenarbeit im Hochschulbereich über die Landesgrenzen hinaus energisch vorangetrieben werden soll. Getragen von dem Gedanken einer "Bodenseehochschule" werden die ersten Schritte schon in die Wege geleitet. Erklärtes Ziel ist, dass bereits im Wintersemester 1999/2000 ein gemeinsames Studienangebot der Fachhochschulen Konstanz, St. Gallen und Vorarlberg in den Fachrichtungen "Mechatronic" und "Bauwissenschaften" mit den entsprechenden, anerkannten akademischen Abschlüssen (Bachelor, später Master) möglich ist. Es sind zwar noch offene Fragen, wie Hochschulzugang, Praktika, Studiengebühren und Ausländerrecht zu klären, es wird aber schon jetzt davon ausgegangen, dass das gemeinsames Bodensee-übergreifende Studienangebot ausgeweitet werden wird.

Ein wichtige Rolle spielt auch die Vernetzung. Angewandte Forschung und Entwicklung sowie Wissens- und Technologie-Transfer rund um den Bodensee sollen eine Plattform erhalten. Damit überwindet man nicht nur Zeit und Raum, sondern ermöglicht auch synergetische Effekte. Das Leistungsangebot soll insgesamt übersichtlicher gestaltet werden.

Zudem soll das ökotoxikologische Servicelabor an der Universität Konstanz seine Arbeiten für zwei Jahre fortsetzen. Dafür wurde ihm eine Etat von 169`000 DM bewilligt.

Im Bereich Kultur wird auch im Jahr 1999 wieder ausgezeichnet. Die Fördergaben gehen diesmal an sieben junge Kunstschaffende der Bodenseeregion in der Sparte Kleinkunst/Kleintheater. Jeder von Ihnen wird 10`000.- Fr. entgegennehmen.

Weiterhin können sich Freunde der geschichtlichen Entwicklung am Bodensee auf die Kontinuität im Bodensee Geschichtserlebnis freuen. 1999 wird es mit der "Verkehrsgeschichte im internationalen Bodenseeraum" fortgesetzt.

Bereits eine kleine Tradition sind die Informationstagungen jedes Jahr. Nach der erfolgreichen Tagung 1998 in Bregenz ist zum vierten Mal ein Erfahrungs- und Informationsaustausch geplant. Diesmal für KulturamtsleiterInnen zum Thema "Kultur und Tourismus".

Neu erwogen wird auch die Teilnahme der IBK am Bodensee-Festival. Die Kommission Kultur hat die Aufgabe Vorschläge auszuarbeiten, um einen Einbezug der IBK in die Programm- und Finanzbasis des Bodensee-Festivals zu finden.

Mit der Vision kommt jetzt auch schrittweise ihre Umsetzung. Gemeint ist die Bodensee-Agenda 21. Der Einstieg soll sanft und im Gegenstromprinzip erfolgen. Unter der Prämisse der Eigenverantwortlichkeit und Entfaltungsfreiheit der Kommunen soll der Prozess der Bodensee Agenda 21 vorangetrieben werden. Es liegt der IBK fern, den Kommunen eine "Käseglocke überzustülpen".
Es dürfte kaum ein einfaches Unterfangen sein, die 6 Zielsektoren (1. Wohnen, Siedlung und Erholung; 2. Arbeit und Wirtschaft; 3. Umwelt und Natur; 4. Verkehr und Kommunikation; 5. Bildung, Wissenschaft und Kultur; 6. Gesundheit und Soziales;) des Bodenseeleitbildes im grenzüberschreitenden Dialog und in kooperativer Projektarbeit umzusetzen. Grundsätzlich gilt, das Potential der Bodenseeregion in seinem Bestand zu sichern und weiterzuentwickeln.
Die Bodensee-Agenda Strategie sieht vor, schrittweise vorzugehen, räumlich zu planen, grenzüberschreitend zu handeln, synergetisch zu strukturieren und integrativ zu wirken. Es ist offensichtlich, dass die Zielsektoren eng miteinander zusammenhängen und Lösungen nur in aufeinander abgestimmten Schritten möglich ist.

Dem Ständigen Ausschuss der IBK obliegt es nun, eine repräsentative Projektsteuerungsgruppe einzusetzen, die die notwendigen Grundlagen schaffen soll, damit die Bodensee-Agenda 21 ab dem Jahr 2000 in den Gebietskörperschaften der Internationalen Bodenseekonferenz verankert werden kann.

Was für die einen Freude und Spass bringt, wird für die anderen zum Stirnrunzeln. Was dem Tourismus lieb ist, kann der Umwelt nicht unbedingt recht sein. Deshalb sollen die Umweltbelastungen, die aus dem Tourismus entstehen, untersucht und ein Konzept zu ihrer Verminderung erstellt werden. Die notwendigen Daten dazu liefert die geplante aktuelle Bestandsübersicht der strukturellen Belastung des Ufer- und Flachwasserbereiches des Bodensees.

Zum Wohle der Freizeitler werden weitere Teilstrecken des Bodensee-Rundwanderweges gesucht. Für ihre Ausschreibung und auch Realisierung ist ein Etat von 40´000 DM festgesetzt worden.

Klare Vorstellungen haben die Regierungschefs bezüglich des öffentlichen Verkehrs im Bodenseeraum. Von der IBK strikt abgelehnt werden aktuelle Planungen, die zur Verschlechterung des grenzüberschreitenden Bahnangebots in der Bodenseeregion führen.

Sie fordern daher die Deutsche Bahn AG auf, in Zusammenarbeit mit den Schweizerischen Bundesbahnen auf der Strecke Stuttgart —Zürich die Zahl der Zugverbindungen beizubehalten und den Zugverkehr auf der Strecke Stuttgart — Zürich zum nächsten Fahrplanwechsel in vollem Umfang auf Neigetechnik umzustellen. Von den Österreichischen Bundesbahnen wird erwartet, dass sie ihr Angebot an Verbindungen bis bzw. ab Lindau kurzfristig zumindest nicht verschlechtern und schrittweise auf eine Rückverlängerung ihrer Fernverkehrszüge nach Lindau hinarbeiten.

Zwischen München und Zürich soll ein fahrplanmässig durchgehender Zweistunden-Takt über den Flughafen Zürich, ebenfalls mit Neige-Rollmaterial, eingerichtet werden. Die Deutsche Bahn AG wird zudem aufgefordert, unverzüglich mit dem Land Baden-Württemberg eine Finanzierungsvereinbarung zur Beschleunigung und zur Elektrifizierung der Strecke Ulm — Friedrichshafen — Lindau abzuschliessen.

Weiterhin gilt es, eine Verbesserung des grenzüberschreitenden Bahnangebotes in der östlichen Bodenseeregion zu erreichen. Vorab sind bessere Verbindungen zwischen Lindau — Bregenz — St. Margrethen zu schaffen.

Für 1999 steht eine weitere Neuerung an. Es wird eine Kommission Gesundheit geben, die sich den grenzüberschreitenden Themen widmen wird.

Auch in Zukunft wird es das REGIO-Büro-BODENSEE in Konstanz geben. Schliesslich betreibt es nachweislich erfolgreich Informationsarbeit und bearbeitet jährlich rund 1'500 Anfragen zu den verschiedensten Themen aus allen Mitgliedsländern. Neu ist, dass sich die Vereinbarung jeweils stillschweigend um ein Jahr verlängert, sofern nicht eine Änderung der Grundlagen verlangt wird.

Ebenfalls neu ist, dass der Bodensee-Informationsdienst, der bisher wöchentlich News und Veranstaltungshinweise aus dem ganzen Bodenseeraum veröffentlichte, im REGIO-Büro integriert und sich stärker als bisher auf IBK-spezifische Bedürfnisse ausrichten wird.

Der neue Mann am Ruder

Nächster Präsident der IBK / Landeshauptmann des Landes Vorarlberg Dr. Herbert Sausgruber

Geboren am 24. Juli 1946 in Bregenz, legt er dort später die Matura am Gymnasium ab. Darauf folgt ein Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Innsbruck und 1970 die Promotion zum Doktor der Rechte.

Nach seiner Zeit als Gemeindevertreter (1975-1986), zieht er 1979 in den Vorarlberger Landtag ein. 1981 wird er Klubobmann der ÖVP-Landtagsfraktion, seit 1986 ist er Landesparteiobmann der ÖVP Vorarlberg. Als gewähltes Mitglied der Vorarlberger Landesregierung ist er seit 1990 als Landesstatthalter für die Ressorts Wohnbauförderung, Inneres, Gesetzgebung, Finanzangelegenheiten, Feuerwehren, Hilfs- und Rettungswesen und Katastrophenschutz zuständig.

Mit ihm wird nicht nur die Wohnbauleistung in Vorarlberg stark angehoben, auf seine Initiative kommt es auch zur Entwicklung eines eigenen Förderprogramms für Jungfamilien. Wichtige umweltpolitische Impulse setzt er mit der Einführung des Vorarlberger Verkehrsbundes.
Als Finanzreferent ist es ihm gelungen, den Grundsatz "Netto-Neuverschuldung Null" einzuhalten. Auf bundespolitischer Ebene wirkt er bei den Verhandlungen zum Finanzausgleich, zur Reform der Spitalsfinanzierung und zum Konsultationsmechanismus führend mit.
Am 2. April 1997 wird Herbert Sausgruber zum Landeshauptmann von Vorarlberg gewählt. Mit dieser Aufgabe übernimmt er die Bereiche Vermögensverwaltung, Gebarungskontrolle, Hilfs- und Rettungswesen, Katastrophenschutz, Europaangelegenheiten und Aussenbeziehungen, Personal, Regierungsdienste, Informatik und zwei weitere Bereiche. Diese hat er aus seiner Zeit als Landesstatthalter gleich mitgenommen, weil sie ihm besonders am Herzen liegen, die Finanzverwaltung und die Feuerwehren.

Der neue Mann am Ruder kommt also aus dem österreichischen Vorarlberg. Er lebt mit seiner Frau Ilga und seinen beiden Söhnen und seiner Tochter in der Gemeinde Höchst und man bescheinigt ihm einen ausgesprochenen Familiensinn.
Seinen Tag beginnt er mit Frühsport. Er joggt. Dabei begleiten ihn meistens seine Frau und sein Hund "Camillo", den er zu seinem 50sten Geburtstag geschenkt bekommen hat.
Was ist das für ein Mann, der mit Vorliebe gute Weine aus der Toscana trinkt, dort auch gerne seinen Urlaub verbringt? Der gelegentlich eine Zigarre geniesst, den Kontakt zu den Menschen in den Gemeinden und Regionen pflegt und oft bei Bundesligaspielen zu sehen ist?

Ein Mensch mit viel Bürgersinn und Bürgernähe, dessen Gedankengut geprägt ist von Föderalismus und der für die Stärkung der Regionen eintritt.

Zitat:

"... es sind natürlich Rahmenbedingungen nationaler Gesetzgebung vorhanden, es sind (...) finanzielle Grenzen gesetzt, aber es gibt Handlungsmöglichkeiten und wir haben in sehr pragmatischer Form Bereiche gefunden, wo sich tatsächlich doch schrittweise einiges bewegen lässt."

Dr. Herbert Sausgruber, Landeshauptmann, am 29.November 1998 im ORF-Radio Vorarlberg und Radio Liechtenstein zu seiner Übernahme als IBK-Vorsitzender

Impressum:

© 1998
Internationale Bodenseekonferenz (IBK)
Öffentlichkeitsarbeit

Text:
Walter Zeiner, Dornbirn
Endredaktion:
REGIO-Büro-BODENSEE
Nikolaus Schmidt-Mänz
Dr. Beate Hoffmann
Gestaltung nach dem CD-Manual der IBK:
Labhard Verlag GmbH, Konstanz
Druck:
Maus Druck & Medien GmbH, Konstanz
Dezember 1998

Titelfoto: "Euregia" von Luftbild Bodensee,
Stanko Petek